

Von Kooperation zu Konfrontation?

Populismus und Internationale Zusammenarbeit im Superwahljahr 2024

Ingo Nordmann-Mohn

Das Bonn Symposium 2024 fand als Veranstaltungsreihe zum Thema „Von Kooperation zu Konfrontation? Populismus und Internationale Zusammenarbeit im Superwahljahr 2024“ statt, bestehend aus drei Online-Diskussionsrunden und einer abschließenden Abendveranstaltung im Alten Rathaus der Stadt Bonn. Mit wechselnden thematischen Schwerpunkten diskutierten deutsche und internationale Expert*innen, wie sich der weltweit erstarkende Populismus auf die internationale Zusammenarbeit und die gemeinsame Bearbeitung von globalen Herausforderungen unserer Zeit auswirkt.

Die erste der drei Online-Diskussionen beleuchtete das Erstarken des Rechtspopulismus in Europa und erörterte die Frage, inwiefern der Aufstieg des Populismus die Zuverlässigkeit der EU als internationaler Partner gefährden könnte. Die zweite Session widmete sich der Einflussnahme populistischer Bewegungen und Parteien auf nationale und internationale Klimapolitiken. In der dritten Session wurde der Populismus in Indien unter der Regierung Modi thematisiert. In allen Sessions wurden konkrete Handlungsoptionen für Deutschland und Europa diskutiert.

Optimismus trotz Populismus in Europa

In den drei Sessions wurde allgemein anerkannt, dass der Populismus weltweit auf dem Vormarsch ist und die zunehmende politische Polarisierung spürbare Auswirkungen hat. Dennoch herrschte in der Europa-Session eine insgesamt optimistische Stimmung. Die Panelist*innen waren der Ansicht, dass die EU international weiterhin handlungsfähig und zuverlässig bleiben werde. Ein Beispiel sei die relativ einige Reak-

tion auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. In einigen EU-Staaten war zudem bei der EU-Wahl ein Rückgang populistischer Erfolge zu verzeichnen. Interessanterweise streben viele populistische Strömungen auch nicht mehr den Austritt aus der EU an. Stattdessen wollen etwa die Mitglieder der Fraktion „Patriots FOR Europe“ im Europäischen Parlament die EU nach ihren eigenen Vorstellungen umgestalten.

Ein neuer Pragmatismus - Europas Auszug aus dem „Barbieland“

Gleichzeitig wurde in der Diskussion deutlich, dass Europa in seiner Außenpolitik künftig einen pragmatischeren Kurs einschlagen sollte. Der erste Grund dafür ist die zunehmende Unberechenbarkeit internationaler Partner, wie etwa der USA unter Donald Trump. Zweitens erschweren komplexe politische Konstellationen – sowohl durch die Fragmentierung der nationalen Parlamente als auch durch interne Blockaden auf EU-Ebene – effektive Entscheidungsprozesse. Drittens ist auf globaler Ebene eine Verschiebung zu beobachten: Werte wie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit treten in den Hintergrund, während nationale Interessen und das Identifizieren gemeinsamer Interessen verschiedener Staaten immer wichtiger werden.

Dieser neue Pragmatismus stellt für europäische Länder eine erhebliche Umstellung dar. Sie müssen erkennen, dass nicht alle internationalen Partner – insbesondere im Globalen Süden – Europa und seinen oft als moralisierend wahrgenommenen Ansatz schätzen. Europa wird teils Heuchelei und Doppelmoral

vorgeworfen. Celia Bélin vom European Council on Foreign Relations in Paris formulierte es so: „Europe lived in Barbieland“, und müsse nun in vielen Fällen eine neue, vielleicht auch pragmatischere politische Haltung finden.



Rückblick auf die Online-Reihe des Bonn Symposiums 2024 durch sef: Geschäftsführer Dr. Marcus Kaplan

Bei der Abendveranstaltung ergänzte Dr. Thomas Bagger, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, dass Werte und Interessen nicht unbedingt im Widerspruch stünden. Deutschlands Wertepolitik verfolge auch strategische Interessen. Während Moral allein keine Politik mache, führe Politik ohne moralische Grundlage zu Zynismus. Angesichts der abnehmenden Erwartung, dass andere Staaten dieselben Werte teilen, müsse Deutschland aber pragmatischer agieren und eine transaktionellere Haltung einnehmen, auch im Umgang mit den USA.

Indiens pragmatische Außenpolitik

Auch in der Indien-Session wurde die Frage erörtert, auf welchen Grundlagen die internationale Zusammenarbeit basiert. Es wurde deutlich, dass Indien auch nach den nationalen Wahlen international als pragmatischer, aber berechenbarer Partner wahrgenommen wird. In Indien zeigt sich der Populismus in der Form des Hindu-Nationalismus vor allem auf nationaler Ebene, während die Auswirkungen auf die Außenpolitik weniger ausgeprägt sind. Dementsprechend spielte Außenpolitik bei den diesjährigen Parlamentswahlen in Indien, bei denen die Regierungspartei Narendra Modis, die BJP, überraschend Verluste erlitten hat und nun die größte Partei innerhalb einer Koalitionsregierung ist, auch keine zentrale Rolle.

„Populists love climate change!“

In der zweiten Session wurde klar, dass Klimapolitik ein dankbares Thema für Populist*innen darstellt: Die Komplexität des Themas ermöglicht es ihnen, vermeintlich einfache Lösungen anzubieten, die im Vergleich zum Teil überzeugend wirken mögen. Das Thema wird oft von sogenannten Eliten vorangetrie-

ben (wie dem Weltklimarat der Vereinten Nationen [IPCC] oder Fridays for Future) und hat direkte Auswirkungen auf die Ressourcenzuteilung, was beinahe zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten führt. In den letzten Jahren sind zudem die Themen Klimagerechtigkeit und internationale Finanzierung immer relevanter geworden, wobei Länder des Globalen Nordens zunehmend in die Verantwortung genommen werden. All diese Aspekte bieten Populisten eine hervorragende Angriffsfläche – oder, wie Prof. Markus Lederer von der Technischen Universität Darmstadt es formulierte: „Populists love climate change.“

Bei den Online-Sessions wurde insgesamt deutlich, dass Populismus kein neues Phänomen darstellt und auch nicht grundsätzlich als negativ betrachtet werden muss. Populismus kann ein Teil des demokratischen Diskurses sein und spiegelt oft eine gesellschaftliche Krise wider, die es zu bewältigen gilt. Die Impulse, die aus gesellschaftlichen Diskussionen entstehen, sollten auch und gerade von nicht-populistischen Parteien genutzt werden, um positive Veränderungen anzustoßen und vereinfachenden Narrativen positive, differenzierte Narrative entgegensetzen.

Die Auswirkungen der US-Wahl auf Deutschland und Nordrhein-Westfalen

Die abschließende Abendveranstaltung richtete den Blick auf die Zukunftsaussichten und Handlungsoptionen nach dem Superwahljahr 2024. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den Ergebnissen der US-Wahl, die nur wenige Wochen zuvor stattgefunden hatte. So erläuterte Nathanael Liminski, Minister für Europa und Internationale Angelegenheiten sowie Chef der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen, dass die Wahl Donald Trumps auch international weitreichende politische und gesellschaftliche Folgen haben werde.



v.l.n.r. Oliver Krauß, Dr. Thomas Bagger, Dr. Ursula Sautter, Dr. Marcus Kaplan, Eva Quadbeck und Nathanael Liminski

Aufgrund seiner starken internationalen Vernetzung sei das Bundesland Nordrhein-Westfalen von globalen Entwicklungen besonders betroffen. So seien die meisten namhaften Unternehmen aus NRW auch in den USA tätig, während umgekehrt zahlreiche US-Firmen in NRW ansässig seien. Ein Beispiel sei dafür die Verteidigungsindustrie mit dem in NRW ansässigen

Unternehmen Rheinmetall, was in Weeze mit einem führenden US-Rüstungsunternehmen zum Bau des F-35-Kampffjets kooperiere.

„Dagegen“ ist keine Strategie - Europas Positionierung gegenüber den USA

Eva Quadbeck, Chefredakteurin des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND), betonte, dass die zögerlichen Gratulationen aus Deutschland und Europa an Trump nach dessen Wahlsieg ein Zeichen von Unsicherheit gewesen sein könnten. Diese Zurückhaltung könnte Europa in internationalen Angelegenheiten angreifbar machen – besonders in Zeiten, in denen führende Länder wie Deutschland, Großbritannien oder Frankreich selbst mit politischer Instabilität kämpfen.



Panel-Diskussion mit Dr. Thomas Bagger (Staatssekretär, Auswärtiges Amt), Eva Quadbeck (Leiterin RedaktionsNetzwerk Deutschland), Minister Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen) und Moderatorin Conny Czymoch

Dr. Thomas Bagger betonte die Notwendigkeit eines klaren Blicks auf die deutschen Prioritäten in den deutsch-amerikanischen Beziehungen und identifizierte Sicherheit und Wirtschaft als die zwei zentralen Säulen. Die USA blieben für Deutschlands Sicherheit unverzichtbar – heute noch mehr als 2017 zu Beginn der ersten Amtszeit von Trump. Auch der Handel mit den USA (sowie der globale Handel) seien für Deutschland essenziell, da die deutsche Wirtschaft weitaus stärker auf weltweite Handelsbeziehungen angewiesen sei als die amerikanische.

Die größte Aufgabe bestehe also nicht darin, Trump entschieden entgegenzutreten, sondern zu wissen, was Deutschland selbst erreichen wolle und wie es den Ausfall Amerikas in bestimmten Bereichen kompensieren könne. Auch Nathanael Liminski unterstrich, dass ein bloßes „Dagegen“ keine angemessene Antwort für Europa sei, da Deutschland sicherheitspolitisch stark von den USA abhängt – so kämen etwa 70-80 % der Geheimdienstinformationen zur Terrorabwehr aus den Vereinigten Staaten.

KI und die Herausforderungen des kommenden Wahlkampfes

Eva Quadbeck betonte die wachsende Bedeutung von Künstlicher Intelligenz für die Politik. Der bevorstehende Wahlkampf in Deutschland werde der erste sein, der stark von KI beeinflusst wird – und er dürfte alles andere als sauber verlaufen. Beispiele wie KI-generierte Memes und Videos, in denen fiktive Szenarien wie etwa ein Kuss zwischen Carmen Miosga und Robert Habeck dargestellt werden, verbreiteten sich rasend schnell. Zudem produzierten russische Trollarmeen auf Social Media Inhalte oft schneller, als Behörden diese löschen könnten, so Quadbeck.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Fairness im Wahlkampf angesichts von KI, Social Media und gezielten Desinformationskampagnen gewährleistet werden kann. Quadbeck wies darauf hin, dass Populisten wie die AfD kaum noch aktiv werden müssten, wenn sich die Parteien der Mitte durch überzogene Vorwürfe gegenseitig schwächen. Dieses politische Vakuum werde zunehmend von populistischen Kräften gefüllt.

In einer Schlussrunde nannten die Panellisten schließlich die aus ihrer Sicht zentralen Faktoren dafür, dass der Populismus hierzulande nicht weiter wächst. Nathanael Liminski nannte gutes Regierungshandwerk als zentrale Bedingung. Eva Quadbeck forderte einen gesellschaftlichen Aufbruch für Zusammenhalt, kombiniert mit einer stärkeren Regulierung der sozialen Medien. Letzteren Punkt bestätigte Thomas Bagger und nannte als letzten Faktor „Bildung, Bildung, Bildung“.

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Global Governance Spotlight ist ihre kompakte politikorientierte Publikationsreihe zur kritischen Begleitung internationaler Verhandlungsprozesse aus der Global-Governance-Perspektive.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 | D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 | Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org | ✉ @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Marcus Kaplan

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Davina Albrecht

Papier
Umweltzeichen Blauer Engel

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

ISSN 2566-6258

© sef: 2025